

Freikorps retten das Reich

Hans-Joachim von Leesen



Im März und April 1918 trat das deutsche Heer unter Aufbietung aller Reserven, darunter viele aus dem Osten abgezogene Divisionen, zur Großen Schlacht in Frankreich an, dem „Unternehmen Michael“. Die Oberste Heeresleitung hoffte, damit die britisch französische Front zu durchbrechen und dann zum Meer hin aufzurollen, womit der Krieg entschieden wäre. In drei Offensiven gelang es den deutschen Truppen, die feindlichen Linien bis zu 60 km zurückzudrängen. Durchbrechen konnten sie sie jedoch nicht. Die gegnerische Übermacht an Menschen und Material, vor allem nachdem frische und ausgeruhte amerikanische Kräfte in die Kämpfe eingegriffen hatten, war zu groß. Die alliierte Gegenoffensive am 8. August 1918 mit Hilfe einer großen Anzahl von Panzern, damals Tanks genannt, führte dazu, daß die deutsche Front zurückgenommen werden mußte. Ausgehungert und erschöpft gingen die deutschen Truppen auf die Siegfried-Linie, eine Auffangstellung, zurück.

Auf dem Balkan brach der bulgarische Widerstand zusammen. Am 29. September mußte Bulgarien in einen bedingungslosen Waffenstillstand einwilligen. Die Türkei wurde besiegt, und im Herbst nahm das österreichische Kaiserhaus Verhandlungen mit den Alliierten auf, die zum Waffenstillstand am 29. Oktober 1918 führten. Österreich-Ungarn löste das Bündnis mit dem Deutschen Reich. Vorausgegangen waren Meutereien in der österreich-ungarischen Armee, die sich neben deutsch-österreichischen Einheiten auch aus vielen Völkern des Balkans zusammensetzte. Der Vielvölkerstaat löste sich auf; den Anfang machten die Tschechen.

Ende September verlangte angesichts der verzweifelten Lage die deutsche Oberste Heeresleitung die Aufnahme von Friedensverhandlungen auf der Grundlage von 14 Punkten, die der US-amerikanische Präsident Wilson Anfang des Jahres verkündet hatte. Danach sagte er zu, daß ein „Frieden der Gerechtigkeit auf der Grundlage des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Völker“ sein Ziel sei. Als die Deutschen, sich darauf berufend, um Friedensverhandlungen baten, wurde das zu recht von den westlichen Mächten als Schwäche ausgelegt. Wilsons Forderungen sahen dann in der Praxis ganz anders aus, als in den 14 Punkten formuliert. Die Westmächte verlangten von den Deutschen die sofortige Räumung der besetzten Gebiete. Wilson erklärte, nur mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln zu wollen, nicht aber mit einer kaiserlichen Regierung.

Wenige Tage später meuterten Matrosen auf Schiffen der deutschen Hochseeflotte, die in Wilhelmshaven lagen. Am 28. Oktober wurde das Deutsche Reich nach Änderung der Reichsverfassung zu einer parlamentarischen Monarchie; auch die Sozialdemokratische Partei wurde an der Regierung beteiligt. Wenige Tage später bildeten Matrosen von in Kiel liegenden Großkampfschiffen den ersten Soldatenrat und meuterten. Einen Tag später wehten auf fast allen großen deutschen Kriegsschiffen rote Fahnen. Drei Tage darauf wurde in München die Revolution ausgerufen. Der bayerische König räumte ohne Widerstand seinen Thron.

Mitglieder der Reichsregierung rieten dem Kaiser Wilhelm II. abzutreten. Der wehrte zunächst ab. Da versammelten sich am 9. November 1918 um 10 Uhr die Offiziere der Obersten Heeresleitung zum Lagevortrag beim Kaiser. Der neue Generalquartiermeister, General Groener, Nachfolger des vom Kaiser wenige Tage vorher entlassenen Generals Ludendorff, schildert die Lage: „Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät.“ Während der Kaiser noch schwankt, proklamiert der zur Reichsregierung gehörende Staatssekretär Scheidemann von der SPD gegen den Willen des SPD-Vorsitzenden

Friedrich Ebert in der Furcht, die immer aktiver werdenden Linksradikalen würden zum Umsturz aufrufen, in Berlin die Republik mit den Worten aus: „Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!“ Zwei Stunden später proklamiert Karl Liebknecht die „freie sozialistische Republik“ nach sowjetischem Muster. Nachmittags tritt der Reichskanzler Prinz Max von Baden zurück; das Kabinett beschließt, dem sozialdemokratischen Politiker Friedrich Ebert die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers zu übertragen. Als Prinz Max sich von Ebert verabschiedet, sagt er: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz.“ Und Ebert antwortet: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“ Am 10. November überschreitet Kaiser Wilhelm die Grenze nach Holland und geht ins Exil.

Überall im Deutschen Reich weichen die gekrönten Häupter den revolutionären Kräften. Kein einziger Fürst verteidigt seinen Thron.

1916 hatte sich aus Sozialdemokraten die Spartakusgruppe gebildet, deren Ziel es war, die deutsche Regierung samt dem Kaiser zu stürzen und aus Deutschland eine sozialistische Republik zu machen. Ein Jahr später entstand die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, ebenfalls aus linken Sozialdemokraten mit ihren Köpfen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Beide Organisationen entwickelten eine heftige Zersetzungpropaganda in der Truppe, ohne daß die Reichsführung dagegen entschieden einschritt. Sie hatten in vielen Gruppen einen leichten Erfolg, weil sowohl die Soldaten als auch die Zivilbevölkerung nach vierjährigem Krieg unter der von Großbritannien über Deutschland verhängten Hungerblockade zermüht

waren. Aus dem seit 1917 kommunistisch beherrschten Rußland drangen zunehmend über die dort noch stationierten deutschen Truppen Einflüsse ins Reich. Die nach der russischen Niederlage bald in Berlin eingerichtete Botschaft der Sowjetunion wurde eine Drehscheibe nicht nur für Agitationsmaterial, sondern auch für erhebliche Geldmittel, die in die linksextremen Gruppierungen flossen mit dem Ziel, das die kommunistische Führung bis 1923 verfolgte, daß von Rußland ausgehend die ganze Welt im kommunistischen Sinne revolutioniert werde. Deutschland spielte in den Überlegungen von Lenin die Schlüsselrolle.

Folgen der Ermattung der Deutschen wie auch der Agitation der Spartakisten und Unabhängigen Sozialdemokraten waren die etwa 1 Million Drückeberger, Deserteure, Fahnenflüchtige, die sich in den letzten Wochen des Krieges im Hinterland der Westfront aufhielten, ohne daß gegen sie entschieden vorgegangen wäre. Die Soldaten, die an die Front gingen, wurden von den Drückebergern als „Kriegsverlängerer“ beschimpft. Viele Einheiten lösten sich beim Waffenstillstand auf. Bespannte Einheiten verkauften ihre Pferde; Soldaten versuchten, sich auf eigene Faust nach Hause durchzuschlagen.

Angesichts dieses inneren Zusammenbruchs blieb der Reichsregierung nichts anderes übrig, als die Waffenstillstandsbedingungen anzunehmen. Am 11. November setzte die deutsche Delegation unter ihrem Leiter, dem Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger, die Unterschrift unter die Waffenstillstandsbedingungen. Und die waren überaus hart. Auf Verhandlungen ließen sich die Alliierten nicht ein. Deutschland mußte bedingungslos akzeptieren. Die besetzten Gebiete mußten innerhalb von 14 Tagen geräumt werden. Alliierte Truppen würden Mainz, Koblenz und Köln besetzen und dort Brückenköpfe bilden. Alle deutschen Waffen waren auszuliefern ebenso Tausende von Lokomotiven, Waggonen, Lastkraftwagen. Die Hungerblockade über Deutschland sollte aufrecht erhalten bleiben. Alliierte Gefangene mußten sofort freigelassen werden, die deutschen Kriegsgefangenen blieben jedoch im Gewahrsam der Westmächte.

Deutscher Protest gegen Waffenstillstandsbedingungen

Die deutsche Waffenstillstandsdelegation erhob Protest gegen die Bedingungen, deren Durchführung das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen werde, erklärte sie. Ihre Protestnote schloß mit den Worten: „Das deutsche Volk, das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit bewahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht.“

Friedrich Ebert, seit dem 10. November 1918 Vorsitzender der Übergangsregierung, die sich „Rat der Volksbeauftragten“ nannte und zunächst von Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten gleichgewichtig besetzt war, sah sich in einer verzweifelten Lage. Zwar hatte mit ihm die SPD die Macht in Deutschland übernommen und den festen Willen, die parlamentarische Demokratie ohne Revolution in Deutschland zu erreichen, doch wollten Unabhängige Sozialdemokraten und Spartakisten einen Rätestaat nach sowjetischem Vorbild errichten. Ebert und seine Parteifreunde wollten schleunigst Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausschreiben, aus der dann eine neue vom Volk legitimierte Regierung hervorgehen sollte. Das lehnten Liebknecht und die übrigen Linksextremen ab. Sie wollten die Sowjetrepublik Deutschland.

Überall in Deutschland brachen Unruhen aus. Von Kiel und Wilhelmshaven aus breitete sich die Revolution nach Brunsbüttel, Hamburg, Lübeck, Bremen, Rostock, Schwerin, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Dresden, Leipzig aus - überall wehte nach wenigen Tagen die rote Flagge. Den Truppen, die sich noch wehren wollten, wurde von der Regierung das Schießen verboten. Die Sozialdemokraten versuchten, die aufgeputschten Massen auf den Straßen zu beruhigen; USPD und Spartakus hingegen waren bemüht, genau das Gegenteil zu erreichen: Die Massen zur Revolution zu treiben. Die Bürger hielten sich ängstlich zurück.

Im Osten hatten die Polen, die deutsche Niederlage nutzend, zur Eroberung deutscher Ostprovinzen angesetzt. Aus Rußland drohte der Bolschewismus. Die schwachen deutschen Truppenverbände zerfallen; teilweise artet der Rückzug der Verbände aus den besetzten Ostgebieten zur Flucht aus.

Ebert, der über keine Machtmittel verfügt, um auch nur ein Minimum an Ordnung im Reich herzustellen, ist über eine geheime direkte Telefonleitung mit der Obersten Heeresleitung verbunden. Am Abend des 9. November 1918 greift er zum Hörer. Am anderen Ende der Leitung ist General Groener. Ebert schildert die verzweifelte Lage. General Groener teilt ihm mit, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg an der Spitze des Heeres bleiben würde, bis das Heer in Ordnung und Festigkeit in die Heimat zurückgekehrt sei. Die Oberste Heeresleitung wird mit der neuen Regierung für Ordnung und Sicherheit sorgen, um der Heimat das schlimmste zu ersparen. Auf Eberts Frage: „Und was erwarten Sie von uns?“ antwortet Groener: „Der Generalfeldmarschall erwartet von der Reichsregierung die Unterstützung des Offizierskorps bei Aufrechterhaltung der Disziplin und der straffen Ordnung im Heer. Er erwartet, daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird.“ - „Was noch?“ fragt Ebert. „Das Offizierskorps erwartet, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird, und stellt sich ihr zur Verfügung.“ So einigen sich Reichsregierung und Oberste Heeresleitung.

Ebert begann sofort mit den Vorbereitungen, um aus Soldaten des zurückkehrenden

Feldheeres eine zuverlässige Freiwilligen-Armee aufzubauen, damit die Regierung wieder ein Machtinstrument in der Hand hatte, um dem Chaos zu wehren. Die Oberste Heeresleitung wurde nach Kolberg verlegt, um der Ostgrenze näher zu sein, die aufs äußerste gefährdet war. Die gemäßigten Mehrheits-Sozialdemokraten versuchten, „Republikanische Schutzwehren“ zu bilden. Sie sollten nach den Vorstellungen Eberts in Berlin die Ordnung wiederherstellen, weil er meinte, das Auftreten regulärer Truppen würde die Massen zur äußersten Erregung treiben, die zum Bürgerkrieg führen könnte. Seine Maßnahmen reichten nicht aus.

Im Dezember ist Ebert im Reichskanzlerpalais gefangen. Es ist von demonstrierenden Linken umstellt. Die roten Volksmarinedivisionen haben den der SPD angehörenden Stadtkommandanten von Berlin, Wels, gefangen gesetzt. Die Telefonzentrale im Reichskanzleramt ist in der Hand der Radikalen. Wieder benutzt Ebert die geheime Telefonleitung zur Obersten Heeresleitung. Er sieht keine andere Wahl. Am anderen Ende der Leitung nimmt Major v. Schleicher den Hörer ab. Ebert schildert die verzweifelte Lage. Schleicher sagt zu, daß sofort regierungstreue Truppen zur Befreiung der Reichsregierung in Marsch gesetzt werden. Wenige Stunden später rücken die ersten Schwadronen der Garde in Berlin ein. Ebert versucht, sie zum Rückzug zu bewegen, weil er die Eskalation fürchtet. General Groener antwortet: „Des Herrn Feldmarschalls und meine Geduld hat jetzt ihr Ende erreicht. Mit dieser Art des Verhandeln richten Sie den letzten Rest der Truppe, die den Offizieren noch treu ist, zu Grunde.“ Das von Volksmarinedivisionen besetzte Schloß und der Marstall werden von den Truppen besetzt. Da treffen Zehntausende von Demonstranten auf dem Platz ein und wenden sich gegen die Truppen. Der Einsatz muß abgebrochen werden.

Offen klappt der Riß zwischen der SPD und den Linksradiakalen. Die Sozialdemokraten streben eine deutsche parlamentarische Demokratie an, während USPD und Spartakus ein Räteregime nach dem Muster der Sowjetunion wollen. Es gelingt Ebert, die USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten, der Übergangsregierung, hinauszudrängen. Sie werden durch die Sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell ersetzt. Noske, in der SPD-Reichstagsfraktion vor dem Kriege und als Einziger Fachmann in Fragen des Militärs, wird von Ebert gebeten, die nationale Verteidigung zu übernehmen. Noskes Antwort: „Meinetwegen. Einer muß der Bluthund werden. Verlaßt Euch drauf, ich bringe Euch Berlin in Ordnung.“ Das war die Geburtsstunde der Freikorps.

Tatsächlich hatte die neue Reichsregierung, gleichgültig wie sie sich nannte, keine bewaffnete Macht, auf die sie sich verlassen konnte und mit deren Hilfe sie die Ordnung im Staate wiederherstellen konnte. In den ersten Tagen der Revolution waren die meisten Revolutionäre vom unerwarteten Erfolg berauscht und von idealistischem Eifer erfüllt. Die wenigsten dachten an die Möglichkeit, daß die neue Republik, die Teil einer internationalen Bruderschaft freier sozialistischer Menschen sein sollte, -der britische Geheimdienst hatte in den letzten Kriegswochen unter den im Westen stehenden Einheiten, vor allem aber unter den Mannschaften der in Wilhelmshaven und Kiel liegenden Flotte systematisch das Gerücht verbreitet, auch ihre englischen Kameraden auf den Schiffen in Britanniens Häfen bereiteten die Revolution vor und hätten bereits rote Fahnen gehißt - daß also diese Bruderschaft freier sozialistischer Menschen auch eigene Streitkräfte brauchen würde. Die Männer an der Regierung, an der Spitze Ebert und Noske, aber erkannten nun, daß ohne eine bewaffnete Gegenmacht das Reich in die Hände der Linksradiakalen geraten könne. Und diese wollten, obgleich es kein festes Konzept auf ihrer Seite gab, eine völlige Umkämpfung des Staates, die nur in eine Sowjetrepublik münden würde. Die erst vor einem Jahr in Rußland geschaffene Sowjetunion stand vor aller Augen, und das war das allerletzte, was die SPD und was die bürgerlichen Parteien, die kaum in Erscheinung traten, wollten.

Aber das aus dem Felde heimkehrende Heer war in diesen Formationen kaum noch zu gebrauchen. Es war eine geschlagene Armee. Die Soldaten waren erschöpft. Überall fehlte es an Material. Der

Ersatz der letzten Monate war nicht nur unzureichend ausgebildet, sondern vor allem von schlechter Moral. Schon im Juni 1918 hatten sich die Mannschaften der 41. Infanteriedivision geweigert, in ihre Gräben an der Front zurückzukehren. Am 8. August brach sie unter schweren alliierten Panzer- und Infanterieangriffen völlig zusammen. Während der letzten Monate hatten sich mindestens 40.000 deutsche Soldaten freiwillig ohne zu kämpfen den westlichen Truppen ergeben. In Holland wurden zwischen Mitte September und Anfang November 4.000 Deserteure interniert. Aber trotz Unterernährung und einer Grippe-Epidemie kämpften tatsächlich viele Divisionen an der Front noch erbittert und entschlossen bis zum letzten Tag. Als sie aber den Rückmarsch in die Heimat antraten, gerieten sie unter die massive Agitation der extremen Linken und waren der Friedens- und Revolutionspropaganda aus der Heimat ausgesetzt. Der amerikanische Historiker Harald J. Gordon vertrat die Ansicht, daß das deutsche Heer der Kaiserzeit genau genommen eine Armee von in den Krieg gezogenen Zivilisten war, und Zivilisten wollten nun, nachdem der Krieg verloren war, schleunigst nach Hause und die Uniform ausziehen - eine interessante Feststellung des amerikanischen Wissenschaftlers, die im Gegensatz steht zu den immer wiederholten Behauptungen, im Kaiserreich seien die Deutschen militaristisch erzogen worden. Hinzu kam, daß, nachdem mit Rußland Frieden geschlossen war, kommunistischer Einfluß bei den deutschen Truppen an der Ostfront immer deutlicher in Erscheinung trat.

Bündnis SPD mit der Obersten Heeresleitung

Noske erkannte wohl als einer der ersten, daß die Regierung eine zuverlässige Wehrmacht hinter sich haben mußte, wenn sie bestehen und Deutschland retten wollte. Er war sich auch im klaren darüber, daß das alte Offizierskorps das Rückgrat jeder bewaffneten Macht sein mußte und daß die Oberste Heeresleitung und das preußische Kriegsministerium die einzigen noch bestehenden Kernzellen waren, um die herum eine Streitmacht aufgebaut werden konnte. Zwar war Noske kein Soldat, doch hatte er keinen Hehl daraus gemacht, daß er den preußischen Stil sowie die Offiziere und Soldaten achtete, die diesen Stil verkörperten. Da es keine andere Möglichkeit gab, eine bewaffnete Macht zu schaffen, verbündeten sich die einsichtigen Sozialdemokraten mit der alten Armee. Das änderte aber nichts daran, daß fast alle SPD-Zeitungen und eine große Zahl von SPD-Funktionären eben diese Armee ebenso erbittert bekämpften, wie sie Noske und Ebert mißtrauten.

Neben der Bolschewisierung des Reiches drohten die Angriffe der Polen und der Sowjetunion gegen die Ostgrenze Deutschlands. Ostpreußen wurde von sowjetischen Truppen bedroht, die über das Baltikum, dessen Staaten durch den deutsch-russischen Frieden von Brest Litowsk ein Jahr früher selbständig geworden waren, eingedrungen waren, um sie für die UdSSR zurückzugewinnen. Polen wollte sich Westpreußens, Posens und Schlesiens bemächtigen.

Der Schutz des Landes wie seiner Ostgrenze konnte nur von neuen Formationen sichergestellt werden. Von Seiten der SPD rief Otto Wels, Führer der SPD in Berlin, zur Gründung der „Republikanischen Soldatenwehr“ auf, nachdem in Berlin Kämpfer des Spartakusbundes, der noch zur USPD gehörte, die Zeitungsgebäude des „Berliner Lokalanzeigers“, der „Berliner Allgemeinen Zeitung“, der „Volkszeitung“ und der „Norddeutschen Allgemeinen“ besetzt hatten. (Es sei hier gleich erwähnt, daß Gustav Noske als Reichswehrminister schon ein Vierteljahr später diese sozialdemokratische Soldatenwehr auflöste, weil sie sich in keiner Weise im Kampf bewährt hatte. So rächte sich die Jahrzehnte lang betriebene sozialdemokratische Diffamierung alles Soldatischen.)

Schon bevor offiziell zur Bildung von Freikorps aufgerufen wurde, hatten sich die ersten derartigen Gruppierungen auf Initiative einiger tatkräftiger Führernaturen gebildet. So ließ sich zum Beispiel der Hauptmann v. Brandis, der vor Verdun berühmt geworden war und den Pour le Mérite erhalten hatte, in einem Wirtshaus in Neuruppin bei Berlin nieder und ließ

durch seine Freunde alte Kameraden auffordern, sich ihm dort anzuschließen. Diese Männer warben weitere Leute. Der glanzvolle Name Brandis zog Freiwillige an, und in wenigen Wochen hatte er ein verstärktes Bataillon zusammen, das aus drei Schützenkompanien, einer MG-Kompanie von mehr als Sollstärke und einer Batterie 10,5 cm Haubitzen bestand. Viele Freikorps wurden auf ähnliche Art gegründet. So entstanden nach einer Aufstellung des schon zitierten amerikanischen Historikers Gordon im Laufe der Zeit 148 Einheiten von unterschiedlicher Stärke. Da gab es z. B. das Freikorps Huelsen unter dem General von Huelsen in Potsdam, gegründet im Dezember 1918 (Auflösung im Mai 1919) mit 11.000 Mann. Dieses Freikorps wurde später der Kader für die neue Reichswehr- Brigade 3. Erwähnt sei hier noch das Schutztruppen- Regiment unter General v. Lettow-Vorbeck, das nach Rückkehr aus britischer Gefangenschaft in Ostafrika gebildet worden war und später Hamburg von der Herrschaft der Linksradikalen befreite. (Aus diesem Schutztruppenregiment wurde später der Kern des Infanterie-Regiments 79.) Einen Namen machte sich das Freikorps Rossbach unter dem Oberleutnant Rossbach, gegründet Dezember 1918, aufgelöst im Januar 1920. Es umfaßte 992 Mann. Gern fotografiert und auch heute noch abgebildet wurde das später in Bayern entstandene Freikorps Werdenfels in Stärke von 250 Mann, das nicht in feldgrauer Uniform marschierte, sondern auch im Einsatz die einheimischen Trachten trug. Aus Norddeutschland stammten die 1. Marine-Brigade von Roden mit 1.550 Mann (Nov. 1918- Mai 1919), sowie das Freikorps Schleswig-Holstein unter Kapitänleutnant Röhr (Febr. 1919 - Aug. 1919), in Hamburg sammelte sich die Freiwillige Wachabteilung Bahrenfeld, die das Hamburger Rathaus gegen den Ansturm von Spartakisten verteidigte und schließlich nach Zusicherung freien Abzuges aufgab. Als die Soldaten das Rathaus ohne Waffen verließen, wurden viele von ihnen von der tobenden Menge umgebracht oder in der Alster ertränkt. An die Gefallenen erinnert heute noch eine Gedenktafel im Inneren des Hamburger Rathauses.

Was waren es für Menschen, die sich den Freikorps anschlossen? Heute pflegt man sie als reaktionäre Landsknechte zu bezeichnen, die sich im zivilen Leben nicht zurecht fanden, als verkappte Monarchisten, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten, als Konterrevolutionäre. Sorgfältige und unvoreingenommene Beobachter sehen sie allerdings ganz anders.

Zweifellos gab es unter den Freikorps-Soldaten Männer, die sich vom Krieg nicht trennen konnten und sich vor dem Eintritt ins zivile Leben fürchteten. Es gab auch Kriminelle. So wird berichtet, daß sich manche von einem Freikorps anwerben ließen, dort das Handgeld, Uniform und Verpflegung entgegen nahmen, um schleunigst zu verschwinden, die empfangenen Dinge zu verkaufen und sich von einem anderen Freikorps anwerben zu lassen. Solche Männer prägten aber keineswegs das Gesicht und den Stil der Freikorps. Der schon mehrfach zitierte amerikanische Historiker Gordon schreibt:

„Die Freikorps der Anfangszeit bestanden aus weit auseinander strebenden Gruppen, die nur dadurch zusammen gehalten wurden, daß sie einen hohen Prozentsatz von Offizieren und Unteroffizieren enthielten. Hohe Offiziere, sogar einige Generale, dienten als einfache Soldaten im Glied, und einige Freikorps wie die 2. Marine-Brigade Ehrhardt führten Offiziers-Kompanien. Offiziere und Frontsoldaten, vor allem die ledigen und heimatlosen (weil ihre Heimat etwa an Polen abgetreten werden mußte) traten den Einheiten in großer Zahl bei. Als Freiwillige meldeten sich auch viele arbeitslose Arbeiter und eine große Zahl von Bauernsöhnen. Die Schüler und Studierenden der Kadettenanstalten sowie der höheren Schulen und der Universitäten strömten zu den Fahnen, als die sozialistische deutsche Regierung sie dazu aufrief.... Die Grundstimmung dieser Einheiten war der Patriotismus, der sich in vielen Fällen ins Fanatische und Ungesunde steigerte, obwohl auch der in den Anfangstagen gebotene hohe Sold viele Freiwillige anzog. Die Führer waren meist monarchistisch gesinnt, doch gab es auch einige Freikorps, die in dem Sinne republikanisch waren, daß sie die neue Regierung begünstigten, obwohl auch sie eine strikte militärische Disziplin aufrecht erhielten. Eine Bevölkerungsschicht, deren Fehlen in den Reihen der Freikorps besonders auffällt, war die organisierte, gemäßigte Arbeiterschaft.“ Die Freikorps

unterstützten die Regierung mehr aus Haß gegen ihre Feinde, also die Linksextremen, als aus Liebe und Loyalität der neuen parlamentarischen Demokratie gegenüber, und sie waren, wie Gordon schreibt, von „unglückseliger Eigenwilligkeit.“ Die Jahre im Schützengraben hätten dazu geführt, daß viele Offiziere und Mannschaften nur einem Führer vertrauten, den sie persönlich kannten. Ernst von Salomon, der als ehemaliger Kadett in Freikorps diente, schildert, daß manche Freikorps sich ihre Offiziere selbst wählten.

Die „eigenwilligen“ Freikorps entstehen

Mehrere Autoren verweisen darauf, daß viele, vor allem Offiziere, aus der Jugendbewegung stammten, jener nicht sehr großen, aber außerordentlich wirkungsreichen Bewegung, deren Mitglieder sich von der oberflächlichen bürgerlichen wilhelminischen Gesellschaft abgewandt hatten und ein natürliches Leben ohne Protz und Phrase leben wollten. Es spielte auch eine wichtige Rolle, daß sich in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges neue Kampfformen im kaiserlichen Heer entwickelt hatten, die einen besonderen Menschentyp bildeten. Ende 1916 suchte die OHL unter Ludendorff Wege, die Erstarrung der Fronten im Stellungskrieg zu durchbrechen. Es wurden neue Kampfformen entwickelt, indem man etwa bewährte Soldaten zu Stoßtrupps zusammenfaßte, modern ausgerüstet, selbständig operierend, eine Form, die über die in der deutschen Armee von Anfang an angewendete Auftragstaktik hinausging. Daraus entstand der harte Kämpfertyp, der sich, auch auf sich allein gestellt, bis zuletzt verteidigte oder angriff. Damalige Beobachter bemerkten die große Zahl hoch dekorierte Soldaten in den Reihen der Freikorps.

Den Kaiser und das mit der Monarchie verbundene System wollte außer einigen hohen Offizieren und Kommandeuren kaum einer dieser jungen ehemaligen Soldaten. Für sie war die alte Ordnung zusammengebrochen, ohne irgendwo wirksamen Widerstand zu leisten. Patriotisch waren sie, Hurra- Patriotismus lehnten sie ab. Viele nannten sich selbstironisch „Landsknechte“. Um v. Salomon zu zitieren: „Der Soldat des Nachkrieges focht nicht für irgendeine Form oder Art der Herrschaft, sondern für die Erfüllung der zeitlichen Notwendigkeit.“ Da keine andere Obrigkeit mehr da war, die das Reich repräsentierte und die Interessen des Reiches vertrat, unterstützten sie die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung, ohne deswegen die parlamentarische Demokratie zu lieben. Zunächst galt es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, da alles zu zerbrechen schien. „Sie fochten gegen die Revolution, die liquidiert werden mußte, da sie auf ihrem Weg die Existenz des Reiches gefährdete - aber daß sie mit ihrem Tun das merkwürdige Gebilde des Weimarer Systems aus der Taufe hoben, konnte ihnen zu diesem noch keine zarteren Gefühle erwecken,“ um noch einmal Ernst von Salomon zu zitieren. In ihrem Bewußtsein spielte ein „deutscher Sozialismus“, oder um einen anderen Ausdruck zu gebrauchen, der „Frontsozialismus“ eine erhebliche Rolle. Den sahen sie allerdings nicht durch die schwung- und ideenlose Revolte vom November 1918 vertreten, obgleich viele von den Freikorpskämpfern „das Recht der Arbeiter zu einem Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems“ von vornherein bejahten. Es gab allerdings kaum einen Weg, der die Freikorpskämpfer nach links zu den Sozialdemokraten oder den noch weiter links stehenden Kräften führte, denn die Träger der Revolution fochten von Anbeginn unter der antinationalen Parole; für sie war die Nation kein Wert, während die Soldaten das Bewußtsein hatten, sie hätten vier Jahre lang im Kriege für die deutsche Nation gekämpft.

Erste Aufgabe der Streitmacht war es, wieder in Berlin einigermaßen Ruhe und Ordnung herzustellen. Gustav Noske beauftragte mit der Eroberung der Reichshauptstadt den Generalleutnant Frhr. v. Lüttwitz, der aus der Garde-Kavallerie Schützendivision, der Marinebrigade v. Roden, dem Landesjägerkorps, der Deutschen Schutzdivision, der Abt. Held, Major Meyns Freischützenkorps Berlin eine Streitmacht bildete und aus den vielen Bruchstücken in kürzester Zeit eine Truppe formen sollte und wollte. Am 11. Januar 1919 konnte man hoffen, daß Noskes Truppen einsatzbereit waren. Um die Rebellen einzuschüchtern, marschierte der Zivilist Noske an der Spitze von 3.000 Soldaten in Berlin ein. Sie stießen auf keinen Widerstand,

erhielten sogar in manchen Stadtbezirken herzlichen Beifall. Einige Tage später folgte die Masse der Regierungstruppen, die sich noch mit Dachschützen herumschlagen mußte und in kleinere Gefechte verwickelt wurde. 13 Tote hatte die Regierungstruppe zu beklagen; 20 Soldaten wurden verwundet. Von den linken Aufständischen verloren etwa 100 ihr Leben.

Am 19. Januar wurde die Nationalversammlung gewählt. Die Wahl ergab, daß die Partei, die die Revolution gemacht hatte, die USPD, (die KPD, die kurz vorher gegründet worden war, kandidierte nicht) nur 22 Mandate erhielt, während auf die SPD 165, auf das katholische Zentrum 190 Sitze entfielen. Etwa 2 Wochen später trat die Nationalversammlung in Weimar zusammen, weil die Unruhen in Berlin den Festakt nicht gestatteten. Geschützt wurden in Weimar die Parlamentarier vom Freikorps Maerker. Die Abgeordneten wählten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten.

Während all dieser Wochen fanden in nahezu ganz Deutschland in den Städten bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Während in Berlin mit militärischer Gewalt die Stützpunkte der Aufständischen erobert worden waren, so nicht nur die Pressehäuser, sondern auch das Polizeipräsidium, der Marstall, das Berliner Schloß, wurde das öffentliche Leben durch Demonstrationen und immer wiederholte Aufrufe zum Bürgerkrieg durch die Linksextremen, an der Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, beeinträchtigt. Diese beiden wurden als die treibenden Kräfte zum Bürgerkrieg angesehen. In den Januar-Kämpfen in Berlin mußten 196 Menschen ihr Leben lassen. Da wurden am 15. Januar 1919 die von der Polizei aufgestöberten Liebknecht und Luxemburg von Freikorps-Soldaten ermordet, eine Tat, die Noske in seinen Erinnerungen „Von Kiel bis Kapp“ bedauerte, die er aber für politisch notwendig hielt, wenn denn wieder Frieden einkehren sollte. Gekämpft wurde u. a. in Bremen, Breslau, Hanau. Am 4. 2. wurde Bremen nach heftigen Kämpfen von den Freikorps zurückerobert. In Kiel wurde am 5. 2. der Generalstreik ausgerufen. Bei Zusammenstößen mit der bewaffneten Staatsmacht fanden 4 Demonstranten den Tod. Im März mußten die Freikorps Aufstände in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und in Halle niederwerfen. Dabei wurden Minenwerfer, Artillerie, Geschütze und Flugzeuge eingesetzt. Am 9. März verhängte die Reichsregierung über Berlin das Standrecht, nachdem zahlreiche Polizisten und Soldaten ermordet worden waren. Angeblich sollen bis zu diesen Tagen 175 Menschen in Berlin umgekommen sein. Gekämpft wurde in Stuttgart, in Würzburg, Braunschweig, Leipzig, in Dresden.

Räterepublik in Bayern

Ein besonderes Kapitel ist die Ausrufung der Räterepublik in Bayern. Hier regierten, nachdem der König den Thron aufgegeben hatte, Sozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten gemeinsam. Ministerpräsident Hoffmann gehörte der SPD an. Zweiter Mann war der Literat Kurt Eisner (USPD). Die linksradikalen Kräfte, verstärkt durch die inzwischen erfolgte Gründung der KPD, nahmen an Organisationsgrad und Aktivitäten zu. Man arbeitete systematisch auf die Ausrufung der Räterepublik zu, dabei auch auf das benachbarte Ungarn blickend, in dem die Sowjetrepublik unter Bela Khun ausgerufen worden war. Am 22. Februar wollte die USPD vortreten und die Räterepublik Bayern ausrufen. Die Kommunisten, geleitet von aus Rußland entsandten Bürgerkriegsspezialisten, aber auch von russischen Kommunisten, die vor dem Antisemitismus in Rußland nach Bayern geflohen waren, bremsten, weil die Vorbereitungen noch nicht weit genug gediehen waren. Und so nahm Eisner dann einen Tag später die Ausrufung wieder zurück. Aber aufgeschoben war nicht aufgehoben. Am 7. April wurde wieder die Räterepublik ausgerufen, ohne Kommunisten, die die Zeit immer noch nicht für gekommen hielten. An der Spitze standen Phantasten, sozialistische Schwärmer, heute würden wir sagen „Gutmenschen“, die meinten, die Tage des ewigen Friedens und der internationalen Solidarität seien gekommen. Kurt Eisner, der sich zum Ministerpräsidenten machte, veröffentlichte geheime Akten der bayerischen Staatsregierung, um den Westmächten zu demonstrieren, daß Deutschland unter seinen Fürsten den Weltkrieg begonnen habe, daß nun aber eine andere Zeit angebrochen sei, nämlich die Zeit der Offenheit, des Pazifismus und der

internationalen Brüderlichkeit. Das sei durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht. Jeder arbeitende Mensch könne sich nunmehr am öffentlichen und kulturellen Leben beteiligen; die Bürokratie werde abgeschafft. Es wurde eine Rote Armee und ein Revolutionsgericht gebildet. In dem Aufruf heißt es: „Die Bairische Republik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie lehnt jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militärische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt.“ Die treibende Kraft der Räteregierung waren die Anarchisten, an der Spitze Gustav Landauer, ein Literat aus wohlhabendem Hause, der Gewalt ablehnte und „jede Art des Gemeinschaftslebens ohne Obrigkeit, Zwang und Kapitalistenherrschaft“ anstrebte.

Ähnlich dachte Erich Mühsam, ein jüngerer Intellektueller mit anarcho-kommunistischen Neigungen. Hinzu gesellte sich ein dritter Dichter, nämlich Ernst Toller, ebenfalls Anarcho-Kommunist, der Oberbefehlshaber der neu zu bildenden Roten Armee wurde. Von der USPD wurde der Außenminister gestellt, ein Arzt, der unverzüglich nach Amtsübernahme ein Telegramm an Lenin nach Moskau schickte mit folgendem bemerkenswerten Text: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammengeschlossen; mit Bauerntum einig. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaffnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann (das war der bisherige sozialdemokratische Ministerpräsident), welcher aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die haarigen Gorillahände Gustav Noskes triefen von Blut. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant, ‚Vom ewigen Frieden‘ 1795, Thesen 2 – 5.“ Dieser Dr. Lipp wurde bald entlarvt als einer, der in den Wirren der Revolution aus einer Nervenheilanstalt entsprungen war. Das bayerische Verkehrswesen wurde in die Hände von Georg Paulukun gelegt, von dem Ernst Niekisch in seinen Erinnerungen schrieb, er sei Landstreicher gewesen, der dem Alkohol besonders zugeneigt war. Niekisch mußte es wissen; er wurde in der Räteregierung zuständig für Kultur. Später machte er sich einen Namen als Nationalbolschewist. Und schließlich gehörte zu der bunten Gesellschaft als Minister Silvio Gesell, der viele Pläne zur Reform der Wirtschaft und des Finanzwesens (z. B. die Erfindung des Schwundgeldes) entwickelt hatte und sich freute, nun die Gelegenheit zu bekommen, sie in die Tat umzusetzen. Als erstes verkündete Landauer, in ganz Bayern sollten die Kirchenglocken läuten als Freude über die Machtergreifung der Räteregierung. Die Eintrittsgelder für Oper und Theater wurden abgeschafft, damit jedermann am Kunstgenuss teilhaben könne. Lenin beantwortete im übrigen das Telegramm und bat um Einzelheiten über die vollzogene Revolution. In weiteren Telegrammen wurde der bayerischen Räteregierung versichert, daß das sowjetische Proletariat treu an der Seite der bayerischen Genossen stehe und daß man tapfer gegen die Ebert-Scheidemann-Kompanie kämpfen solle.

Die deutschen Kommunisten, die unter der Führung russischer Kommunisten standen, machten sich über die Traamtänzer lustig. Sie waren der Ansicht, daß die Massen noch nicht ausreichend politisiert und revolutioniert worden seien. Und tatsächlich hielt sich noch eine Verwaltungs- und Führungsstruktur, die jedenfalls notdürftig das normale Leben aufrecht erhielt. Zwar wurden überall in München und Umgebung Villen und Wohnungen geplündert, zwar waren die Tage von Demonstrationen geprägt, in denen alle möglichen linken Forderungen erhoben wurden, doch konnten sich die gemäßigten Kräfte noch ein paar Wochen lang halten. Der Revolution gelang es kaum, über die Großstädte hinaus ins Land vorzudringen.

Am 13. April 1919 war für die Kommunisten Schluß mit lustig. Die aus Rußland stammenden Kommunisten Eugen Levin und Max Levien proklamierten die zweite Räterepublik. Sie wurden in der Führung unterstützt durch den ebenfalls aus Rußland gekommenen Tobias Akselrod, der schon vorher nach Deutschland entsandt worden war, um die bolschewistische Pressepropaganda zu organisieren. Ein Rudolf Eglhofer wurde zum Kommandeur der Roten Armee ernannt, in die man zahlreiche russische Kriegsgefangene aufnahm. Sie ließen den

Safe der Reichsbank sprengen und teilten die Beute unter einander auf. An die Gesinnungsgenossen wurden die gefundenen Tausend- Mark-Scheine verteilt. Da man den Soldaten der Roten Armee eine hohe Löhnung versprach, wuchs sie auf 20.000 Mann an; für sie gab man pro Tag 500.000 Mark aus. Als kein Geld mehr vorhanden war, ließ die Räteregierung neues Geld drucken.

Die sozialdemokratische Regierung Hoffmann, die nach Bamberg geflohen war, versuchte eine eher sozialdemokratisch motivierte Streitmacht aufzubauen und lehnte Unterstützungsangebote aus Berlin zunächst ab. Als diese SPD-Truppe sich München näherte, wurde sie von einem Bataillon der Roten Armee in die Flucht geschlagen, wobei der größte Teil der Hoffmann-Truppe die Seiten wechselte. Die Roten feierten begeistert ihren Sieg bei Dachau.

Nun war die Geduld der Reichsregierung erschöpft. Sie verhängte über Bayern den Ausnahmezustand und setzte Truppen in Marsch, bestehend aus den Freikorps Lützow und von Görlitz, der 2. Marine-Brigade unter Kapitänleutnant Ehrhardt, Einheiten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, einer Kavallerie-Schützen-Brigade, einer Abteilung Württemberger unter Hauptmann Erwin Rommel, dem Freikorps des hoch dekorierten Obersten Ritter von Epp, dem Bayerischen Schützenkorps und anderen Freikorps. Hinzu kamen eine Staffel Kampfflugzeuge und zwei Panzerzüge. Der Befehlshaber war unmittelbar dem Reichswehrminister Noske unterstellt.

Die roten Herrscher Münchens riefen den Generalstreik aus und nahmen unter der bürgerlichen Einwohnerschaft Geiseln. Der Revolutionäre Zentralrat setzte in München einen neuen Polizeipräsidenten namens Johann Dosch ein, der mehrfach vorbestraft war u. a. wegen Diebstahls, Kuppelei, Schwarzmarkt-Vergehen. Sein Stellvertreter Köberl war 21 mal wegen krimineller Delikte vorbestraft. Es begann in München unverhohlen eine Herrschaft des Pöbels. Nahrungsmittel wurden knapp. Um die Bevölkerung bei Laune zu halten, verkündeten die Revolutionäre, daß es Ostermontag in allen Bierkellern Freibier gebe.

Inzwischen schlossen die unter dem Befehl von General v. Oven stehenden Freikorps die bayerische Landeshauptstadt kriegsmäßig ein. Ihnen schlossen sich überall örtlich gegründete Freikorps an, unter ihnen das schon erwähnte Freikorps Werdenfels in seinen Trachten; es trug zur Unterscheidung von den Kommunisten eine weiße Armbinde wie auch andere Freikorps und führte die bayerische Rautenfahne.. (Ob von der Armbinde die üblich gewordene Bezeichnung, „Die Weißen“ für die antikommunistischen Freikorps stammt, weiß ich nicht.)

Während sich die weißen Truppen noch formierten, erreichte sie die Nachricht, daß die Rote Armee im Luitpold-Gymnasium in der Müllerstraße begonnen hatte, bürgerliche Geiseln zu erschießen. (10 + 2 gefangene Soldaten). Zwar distanzierte sich die Räteregierung von dem Mord, doch war damit für die Münchener Bürger das Maß voll. Überall in der Stadt formierten sich unkoordiniert Gruppen von ehemaligen Soldaten und von Studenten und bildeten Selbstverteidigungseinheiten. Sie besetzten einige Schlüsselpositionen in der Innenstadt. Die Freikorps, die den Einschließungsring bildeten, beschleunigten ihren Vorstoß ins Zentrum. Es kam in der Innenstadt zu teilweise schweren Kämpfen.

Beide Seiten machten keine Gefangenen, wobei die Freikorps sich auf das Standrecht beriefen, das einschloß, daß jeder bewaffnete Zivilist erschossen werden konnte.

Die Tage, in denen München eingenommen wurde, und die folgenden Wochen waren blutig. Spartakisten schossen aus dem Hinterhalt auf Patrouillen der Regierungstruppen, umgekehrt erschossen die Regierungstruppen Leute, die ihnen als Spartakisten denunziert wurden. Um den Justizpalast und den Hauptbahnhof entwickelten sich Kämpfe, in denen von beiden Seiten Artillerie und Mörser eingesetzt wurden. Das Matthäuserbräu mußte von einer Kompanie Pioniere unter Einsatz von Flammenwerfern geräumt werden. Die Führer der bayerischen Revolution, wurden,

soweit sie nicht rechtzeitig geflohen waren, erschossen oder erschlagen. Andere wurden vor Standgerichte gestellt und wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Levien konnte nach Österreich entkommen. Sein Schicksal ist unbekannt. Akselrod wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und später im Austausch in die Sowjetunion entlassen, wo er einige Jahre später im Rahmen von Stalinschen Säuberungsaktionen liquidiert wurde.

Nach Ermittlungen aus dem Jahre 1968 kostete die bayerischen Räterepubliken eingeschlossen die Eroberung Münchens 719 Menschen das Leben, unter ihnen 121 Soldaten der Regierungseinheiten.

In der Geschichtsschreibung der DDR galten die bremische und die bayerische Revolution als echte proletarische Revolutionen im Sinne und im Stile der bolschewistischen Oktoberrevolution, wohingegen die übrigen etwa in Kiel oder Hamburg, im Mitteldeutschen Industriegebiet oder in Stettin, in Stuttgart oder im Rhein-Ruhr-Gebiet oder wo überall sonst noch gekämpft wurde, nur als bürgerliche Revolutionen mit antimonarchischen, republikanischen und demokratischen Zielsetzungen abgewertet wurden. Sie seien von den deutsche Sozialdemokraten verraten worden. Diese Revolutionen hätten lediglich zum Wechsel der Regierungsformen geführt, ohne die Klassenverhältnisse anzutasten.

Bürgerkrieg im Innern, Druck der Sieger von außen

Man möge bedenken, daß während die radikalen Linken versuchten, die Macht im Deutschen Reich zu erringen, die siegreichen Feindmächte Deutschland den Frieden diktierten. Am 3. Mai wurde München von Freikorps erobert - zwei Tage später wurde in Versailles der deutschen Delegation das Friedensdiktat übergeben. Da nützte auch die Protestkundgebung der Weimarer Nationalversammlung am 12. Mai gegen den Versailler Vertrag nichts. Die SPD vertrat, wie alle rechts von ihr stehenden Parteien, den Standpunkt, die Bedingungen seien unannehmbar. USPD verlangte die Annahme der Friedensbedingungen, weil sie fürchtete, daß sonst die Kampfhandlungen wieder aufgenommen würden. Die Kommunistische Partei, die an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht teilgenommen hatte und daher in der Versammlung auch nicht vertreten war, war entschieden gegen die deutsche Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Wie aber sollte man angesichts der inneren zerrütteten deutschen Verhältnisse Widerstand leisten? Man hatte den Feind in Gestalt der Linksradiكالen im eigenen Land. Und wo war die bewaffnete Macht, die sich einem Einmarsch der alliierten Truppen hätte entgegenstellen können? Im übrigen galt die Hungerblockade, die die Briten über Deutschland verhängt hatten, immer noch. Die deutsche Bevölkerung hungerte. So beschloß am 22. Juni die Mehrheit der Nationalversammlung die Unterzeichnung des Versailler Vertrages.

Welche weitreichenden Folgen der Zusammenbruch der gesamten inneren Ordnung und der Moral der Deutschen gehabt hat, mag man daran erkennen, daß die Haltung der Deutschen 1918 ein wesentliches Motiv für die Planung des britischen Luftkrieges gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg gespielt hat. Die britische politische wie auch die militärische Führung war schon Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts der Ansicht, man könne in einem zukünftigen Krieg Deutschland durch einen konsequenten Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung zu Boden zwingen. Er würde die Kampfmoral der Deutschen zerbrechen. Bedenken, daß dann auch die deutsche Luftwaffe gezielt die britische Zivilbevölkerung bombardieren könnte, wurden mehrmals abgewiesen mit dem Hinweis, daß die deutsche Moral bereits 1918 zerbrochen sei, nicht aber die britische. Die Briten seien „aus härterem Holze geschnitzt als die Deutschen“.

Nach diesem Ausflug in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurück in die Anfangsjahre der

Weimarer Republik. Die bisher erwähnten Freikorps, die im Reich - hier und da auch zusammen mit den ersten Reichswehreinheiten - operierten, waren weitgehend disziplinierte, den Befehlen ihrer Vorgesetzten und der Reichsregierung folgende Truppen. Ganz anders die Entwicklung der Freikorps im Osten.

Seitdem Rußland nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution aus dem Krieg ausgeschieden war und im Frieden von Brest-Litowsk Finnland, die baltischen Staaten, Polen, die Ukraine und Georgien ihre Selbständigkeit erlangt hatten, standen dort am Tag des Waffenstillstandes im November 1918 immer noch deutsche Truppen. Sie waren allerdings ein Jahr lang in mehr oder weniger starkem Maße kommunistischer Agitation und Propaganda, im kommunistischen Jargon „Agitprop“, ausgesetzt gewesen, was sich in verhängnisvoller Weise auf ihre Disziplin und ihre Kampfkraft ausgewirkt hatte. Sie, die fern der Reichsgrenzen operierten, mußten möglichst geordnet zurückgeführt werden, die Hauptaufgabe der Obersten Heeresleitung. Diese Operation wurde außerordentlich erschwert, weil auch an der Ostfront Meutereien zum Teil in größtem Umfange ausbrachen, die niederzuschlagen nicht selten intakte Truppeneinheiten eingesetzt wurden. In den Marinestützpunkten an der baltischen Ostseeküste wurden auf den deutschen Kriegsschiffen rote Fahnen gehißt. Soldatenräte bemühten sich, die Offiziere zu entmachten. So zogen sich die Truppen, in weiten Gebieten ungeordnet und unter Zurücklassung ihres gesamten Materials, nach Westen zurück, und wo sie die alte Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Rußland überschritten, rückten die Polen sofort nach. Es hatten sich in der deutschen wie in der österreichischen Armee, in der auch Polen kämpften, geheime Organisationen gebildet, die nun den Kern einer neuen polnischen Truppe bildeten. Ihr Befehlshaber war der spätere Marschall Pilsudski. Daraus ergab sich für die deutsche Seite, daß die Reichsgrenze gegen Polen verteidigt werden mußte. Die Verhältnisse in Posen und Westpreußen waren nach der Selbstauflösung der deutschen Truppenverbände chaotisch. Hier schufen die Polen vollendete Tatsachen, indem sie die Macht ergriffen. Ihre Streitkräfte hatten eine Stärke von 70.000 Mann erreicht, bestehend aus einer Bürgermiliz, aus der bereits von den Deutschen geschaffenen polnischen Polizei und aus der bisher geheimen polnischen Militärorganisation. Arbeiter- und Soldatenräte versuchten, jeden deutschen Widerstand zu verhindern, weil sie immer noch glaubten, jetzt sei die Zeit der internationalen Verbrüderung angebrochen.

Erst Mitte Januar 1919 gelang es der deutschen militärischen Führung, eine funktionsfähige Grenzschutztruppe, bestehend aus Freiwilligen, aufzustellen. Da waren aber Posen und Westpreußen schon verloren, zumal die Alliierten jeden deutschen Gegenstoß verboten. Die Reichsregierung mußte dem nachgeben, und das nicht nur, weil die Sieger es verlangten, sondern weil auch innerhalb der SPD und natürlich ebenso in der Unabhängigen SPD, mehr noch bei den Kommunisten eine wilde Hetze gegen die Freikorps entbrannt war, obwohl sie bislang nichts anderes getan hatten, als im Auftrage der Reichsregierung einzugreifen. So mußten die Freikorps-Einheiten beobachten, wie deutsches Land verloren ging und wie im Reich die Linksparteien alles taten, um in den Augen der Soldaten mit den Alliierten gemeinsame Sache gegen Deutschland zu machen.

Am 7. Mai 1919 erhielt Deutschland den Text des Friedensvertrages. In ihm wurde festgelegt, daß die Provinzen Posen und Westpreußen sowie ein Teil Hinterpommerns und Mittelschlesiens ohne Volksabstimmung an Polen abzutreten seien. Das Weichseldelta mit Danzig sollte als Freistaat Danzig dem Schutz des Völkerbundes unterstellt werden. Ostpreußen mußte das Memelland an die alliierten Hauptmächte abtreten. (Es wurde 1923 von Litauen mit militärischer Gewalt annektiert.) Das Hultschiner Ländchen fiel an die Tschechoslowakei.

Volksabstimmungen sollten stattfinden in Oberschlesien, im südlichen Ostpreußen, im restlichen Gebiet Westpreußens um Marienwerder und in Nordschleswig. Das Saarland fiel unter die Kontrolle des Völkerbundes; nach 15 Jahren sollten die Einwohner abstimmen, ob sie zu

Deutschland oder zu Frankreich gehören wollten.

Die von der Regierung gestoppten Freikorpsoldaten erlebten voller Enttäuschung, wie sie - in ihren Augen - von der linken Reichsregierung verraten wurden, zumal der Parteivorstand der SPD gegen den Willen der Regierungsmitglieder beschloß, den Freikorps im Osten jede finanzielle Unterstützung zu entziehen. Unter den Freikorps breitete sich die Idee aus, zusammen mit den Bolschewisten gegen den Westen zu marschieren, da offenbar die Westmächte Deutschland zugrunde richten wollten. Eine andere Überlegung, als deren Wortführer General v. Below galt, ging dahin, Ostdeutschland wenigstens zeitweise vom Reich abzutrennen und einen eigenen Staat daraus zu machen, der sich an die Bedingungen des Versailler Vertrages nicht zu halten brauchte, wie man glaubte. Er könne dann gegen Polen offensiv vorgehen und die schon verlorenen Gebiete des Reiches zurück erobern. Dieser Oststaat, der seine Parallele in Überlegungen im Rheinland hatte, es dort ganz ähnlich zu machen - in diesem Zusammenhang fiel damals der Name Adenauers - fand bei einer Reihe hoher Offiziere Unterstützung, aber auch bei August Winnig, einem rechten Sozialdemokraten, der Reichskommissar für Ostpreußen war. Man wußte dabei die ostdeutsche Bevölkerung hinter sich. Es sollte eine Art zweiter Befreiungskrieg wie 1813 entfesselt werden, und Below sah sich als ein 2. Yorck von Wartenburg. Die Pläne wurden von der Reichsregierung wie auch vom Chef der OHL, Hindenburg, strikt abgelehnt. Nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages erteilte die Reichsregierung den Truppen im Osten den Befehl, die verlorenen Provinzen zu räumen, was zu äußerster Erbitterung bei der Truppe führte.

Die Baltikumer zwischen allen Fronten

Im Baltikum gerieten die Soldaten in ein politisches Spiel, das zu durchschauen den damals Lebenden nahezu unmöglich war. Die gerade selbständig gewordenen ehemals russischen Provinzen Estland und Lettland waren noch von deutschen Truppen besetzt. Von Osten versuchten bolschewistische Truppen einzudringen. Die Briten hatten starke Flotteneinheiten in die baltischen Häfen entsandt, die verhindern sollten, daß die Bolschewisten die Länder wieder in russische Gewalt brachten. Dazu wollte man sich der deutschen Truppen bedienen, da weder Estland noch Lettland bereits über eine ausreichende Anzahl einsatzfähiger Einheiten verfügten. Diese deutschen Verbände aber lösten sich auf. Reste der Truppen bemühten sich zusammen mit jungen estnischen und lettischen Einheiten, die Bolschewisten aufzuhalten. Das gelang nicht, obwohl britische Schiffsartillerie auf deutscher Seite gegen die Rote Armee, in deren Reihen auch bolschewisierte Letten standen, in die Kämpfe eingriff. Lettland war gespalten. Die Regierung der Republik Lettland bemühte sich, zuverlässige deutsche Truppen im Land zu halten, und soll zugesichert haben, daß neue Freiwillige nach dem Sieg in Lettland Siedlungsland bekommen sollten. Nach einer anderen Version sollte dieses Land von den deutschbaltischen Großgrundbesitzern zur Verfügung gestellt werden. Heutige Historiker kommen jedoch zu dem Schluß, daß in keinem Falle verbindlich Land versprochen worden war, obgleich mit solchen Versprechen Freiwillige in Deutschland angeworben wurden. Vor diesem unübersichtlichen Hintergrund entstanden neue kleinere Freikorpseinheiten, die allerdings nicht gewillt waren, Befehlen einer Regierung zu gehorchen. Sie fühlten sich nur ihren persönlich bekannten Führern verpflichtet und hatten keine Einwände, wenn man sie „Landsknechte“ oder „Söldner“ nannte, ja, sie nannten sich selber so.

Immerhin gelang es dem deutschen Oberbefehlshaber Rüdiger Graf von der Goltz, aus dem bunten Haufen Einheiten zu formen. Sein Plan: Mit ihnen wollte er gemeinsam mit antikommunistischen russischen Truppen, die sich in den baltischen Staaten einfanden, einen unabhängigen Staat ins Leben rufen. Das wiederum stieß auf erheblichen Widerstand der nationalen Letten, die gerade keine Fremdherrschaft, auch keine deutsche, über sich dulden wollten. So kämpften jetzt nationale lettisch-estnische Verbände gegen die deutschen Freikorps, da man glaubte, die bolschewistische Gefahr gebannt zu haben.

Die Reichsregierung befahl, die deutschen Truppen hätten ins Reich zurückzukehren. Dagegen meuterten die Einheiten, die sich inzwischen durch den Zustrom von Freiwilligen auf 40.000 Mann verstärkt hatten. Als Gelder und Ausrüstung aus Deutschland ausblieben, traten die Freikorps in Estland und im Norden Lettlands zu den „weißen“, d. h. den antikommunistischen russischen Truppen unter dem Kommando eines Fürsten Bermond-Awaloff über und trugen nun die russische statt der schwarz-weiß-roten Kokarde an der Mütze. Sie bildeten gemeinsam ein 50.000 Mann starkes Heer, das nichts weniger im Sinne hatte, als nach Moskau zu marschieren und die Herrschaft der Bolschewiki zu stürzen. Daß dadurch der deutsche Einfluß in Rußland die Überhand gewinnen würde, war überhaupt nicht im Sinne Englands, das wiederum die Front wechselte und den Kampf gegen diese Truppe aufnahm.

Die deutschen Freikorps, die immer weiteren Zulauf aus Deutschland hatten, darunter sogar eine komplette Brigade der neu aufgestellten Reichswehr, verfielen. Manche nahmen immer mehr den Charakter von Räuberbanden und Marodeuren an. Der politisch bewußte Kern der Korps machte die Reichsregierung dafür verantwortlich, daß man sie im Stich gelassen hatte und daß all ihre Opfer umsonst gewesen sein sollten. Sie akzeptierten nicht, daß die Reichsregierung unter dem Druck der Siegerstaaten nicht anders handeln konnte. So blieb den Freikorps nichts anderes übrig, als das Baltikum aufzugeben. Im Reich waren sie bei den Linken die Bestgehaßten überhaupt. Die Gewerkschaften taten alles, um den Soldaten die Rückkehr ins bürgerliche Leben zu erschweren.

Inzwischen war im März 1919 die vorläufige Reichswehr gegründet, die sich aus neu angeworbenen Freiwilligen sowie aus Teilen der Freikorps zusammensetzte, die im Reich loyal gegenüber der Regierung gekämpft hatten. Baltikumer wurden nicht akzeptiert. Deren Haß auf die Regierung und die sie tragenden Parteien wuchs um so mehr. Zwar wurden die Freikorps nach und nach aufgelöst, doch bildeten ihre Mitglieder auf eigene Faust Arbeitsgemeinschaften etwa als Landarbeiter auf großen Gütern, als Matrosen auf Binnenschiffen, als LKW Fahrer, verbargen ihre Waffen und hielten ständig Kontakt. Die Reichswehr versorgte sie heimlich mit Waffen, weil sie auf die Verstärkung angewiesen war, falls es wieder zum Bürgerkrieg mit den Linksextremen kommen sollte oder falls die Polen erneut versuchen sollten, ins Reich einzufallen.

Im März 1920 ließen Freikorps dem Reichspräsidenten Ebert durch ihren General Walther Freiherrn v. Lüttwitz, Kommandeur des Gruppenkommandos 1, Berlin, einen Forderungskatalog übergeben. Sie verlangten umgehend Reichstagswahlen, da die bisherige Zusammensetzung des Reichstages nicht mehr den Gegebenheiten entspreche, sowie Direktwahl des Reichspräsidenten. (Ebert war von der Nationalversammlung gewählt.) Außerdem sollte das Reichskabinett ausschließlich aus Fachleuten zusammengesetzt sein.

Ebert wie Reichswehrminister Noske lehnten ab, sich von den Soldaten politische Forderungen stellen zu lassen, und setzten General v. Lüttwitz ab. Der begab sich unverzüglich zur Marinebrigade Ehrhardt, die kurz vor der Auflösung stand. Es gab Putschpläne um den Reichslandschaftsdirektor Kapp, die jetzt umgesetzt werden sollten. Gestützt auf die Brigade Ehrhardt, das Freikorps Rossbach, die Reichswehrbrigade 3 und mehrere andere Freikorps wollten Lüttwitz und Kapp die Regierung stürzen. Die Truppen marschierten unter der alten Reichskriegsfahne und mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm, ohne Widerstand zu finden, in die Reichshauptstadt ein, aus der die Regierung geflohen war. Es gelang Kapp und seinen Leuten nicht, den Verwaltungsapparat in den Griff zu bekommen. Die Beamtenschaft verhielt sich in ihrer großen Mehrheit loyal der Reichsregierung gegenüber. Auch die meisten obersten Kommandostellen der Reichswehr lehnten den Putsch ab. So brach der Putsch schon wenige Tage später zusammen. Kapp floh nach Schweden.

Die Gewerkschaften riefen den Generalstreik zur Abwehr des angeblich monarchistischen Putsches aus, wie sie argumentierten. Die Kommunistische Partei, die seit ihrer Gründung vor 1 1/2 Jahren nicht nur durch die Übernahme des Spartakusbundes erheblich angewachsen war,

nutzte die Chance. Sie hatte sich seit Ende 1919 auf den bewaffneten Umsturz vorbereitet nach der Devise Lenins „Der Marxist steht auf dem Boden des Klassenkampfes und nicht des sozialen Friedens. In bestimmten Perioden scharfer ökonomischer und politischer Krisen entwickelt sich der Klassenkampf zum unmittelbaren Bürgerkrieg, d. h. zum bewaffneten Kampf.“ Sie wollte den Generalstreik in den Aufstand überleiten, der dann nach dem Muster der bolschewistischen Oktoberrevolution zum Sowjetdeutschland führen sollte. Der Aufruf zum Generalstreik war angeblich auch von der Reichsregierung unterschrieben, was sie jedoch später bestritt. Der Streikaufruf wurde im Reich von großen Teilen der Gewerkschaften, der SPD und natürlich den Kommunisten befolgt. In manchen Städten entwickelten sich daraus schnell bürgerkriegsähnliche Unruhen. Am gefährlichsten wurde die Lage im Ruhrgebiet, einem Gebiet, in dem lt. Versailler Vertrag keine deutschen Truppen stationiert werden durften.

Schon am 14. 3., also nur einen Tag nach Ausrufung des Kapp-Putsches, standen im Ruhrgebiet die ersten bewaffneten Arbeiterbataillone einsatzbereit. Innerhalb weniger Wochen umfaßte die Rote Armee 80.000 Mann, die auch über Artillerie verfügten. Zu Beginn wurden viele dieser Einheiten von ehemaligen Unteroffizieren und Offiziersstellvertretern der alten Armee geführt, die aber bald von fanatisierten Kommunisten verdrängt wurden. Am 15. März griffen sie in Wetter an der Ruhr eine auf die Bahn verladene Artillerie-Batterie des Freikorps Lichtschlag an. Es gelang ihnen, von den 117 Soldaten 64 zu töten und die Geschütze zu erobern. In Dortmund tobten stundenlang Kämpfe, wobei die kommunistischen Aufständischen 8.000 Gewehre, zahlreiche MGs und 32 Minenwerfer eroberten, aber auch zwei Panzerwagen und einen Panzerzug. Essen und Remscheid wurden genommen. Wo sich Polizeiwachen wehrten, wurden die Beamten niedergemacht. Es gelang der Roten Armee, eine zusammenhängende Front zu bilden. Einheiten der jungen Reichswehr, die zunächst gegen sie eingesetzt wurden, hielten nicht stand. Am 21. 3. war das gesamte Ruhrgebiet in kommunistischer Hand.

Rote Armee an Rhein und Ruhr

Die Reichsregierung befand sich in einer überaus schwierigen Lage. Es war ihr lt. Versailler Vertrag verboten, Truppen ins Ruhrgebiet zu entsenden. Und wenn sie nach einsatzfähigen und kampffähigen Einheiten Umschau hielt, dann fand sie nur die Freikorps, die sie noch vorgestern auflösen wollte und die gestern gegen sie geputscht hatten. Es blieb nichts anders übrig, als den Einsatz als eine Polizeiaktion zu deklarieren und die Freikorps in Marsch zu setzen. Und wieder folgten sie den Befehlen der Regierung. Sie stellten ihre Enttäuschung über die Regierung hinten und kämpften für die Existenz des Reiches.

Die Kommunisten öffneten in den von ihnen beherrschten Gebieten Gefängnisse und gliederten deren Insassen, darunter auch Frauen, in die Rote Armee ein. Deren zunächst angestrebte Disziplin löste sich schnell auf. An vielen Stellen errangen Kriminelle die Oberhand. Die Reichsregierung versuchte, auf dem Verhandlungswege mit den Aufständischen den Frieden wieder herzustellen; immer wieder stoppte man den von der militärischen Führung verlangten umfassenden Angriff, weil man fürchtete, damit die linke Wählerschaft zu verlieren. Zwar wurde mehrere Male Waffenstillstand beschlossen, doch wurde er jedes Mal von der Roten Armee gebrochen. Schließlich setzten die Freikorps zur Eroberung des Ruhrgebietes an. Konzentriert rückten sie in einem Halbkreis von Wesel bis zum südlichen Rand des Ruhrgebietes vor. (Unter den angreifenden Freikorps befand sich das Bataillon Martin Niemöller.) Vor Dinslaken und Dorsten kam es sogar zum Einsatz schwerer Artillerie. Am härtesten umkämpft waren Dortmund und Essen. Schließlich brach der Aufstand zusammen. Die Rote Armee löste sich auf, ihre Kämpfer kehrten ins Zivilleben zurück. Die Reichsregierung konnte sich nicht dazu durchringen, gegen die Aufständischen gerichtlich vorzugehen. Auch unterlies sie es, die Waffen zu suchen und zu konfiszieren.

Als die Gefahr behoben war, sollten die Freikorps aufgelöst werden. Ihre Soldaten fühlten

sich von der Regierung ausgenutzt, zumal innerhalb der SPD und der Gewerkschaften gegen die Freikorpsoldaten heftig polemisiert wurde. Zwar wurden die Freikorps offiziell aufgelöst, doch blieben ihre Soldaten in geheimen Arbeitsgemeinschaften zusammen.

Frankreich nutzte die Situation, um Deutschland weiter zu schwächen, indem es unter Verweis auf die Bedingungen des Versailler Vertrages als Repressalie für den Einsatz deutscher Truppenverbände im Ruhrgebiet Frankfurt am Main und Darmstadt besetzte.

Gleichzeitig ausgebrochene Kommunistaufstände in Sachsen und Halle wurden von der Reichswehr niedergeschlagen, wobei auch hier gelegentlich schwere Waffen eingesetzt werden mußten.

Eine der Konsequenzen des Kapp-Putsches war es, daß der Reichswehrminister Gustav Noske entlassen wurde. Man machte ihm zum Vorwurf, daß er der alten Armee getraut hatte, die nun gegen die Regierung putschte.

Das Ende der Kämpfe an Rhein und Ruhr, sowie in Sachsen und im mitteldeutschen Industriegebiet bedeutete nicht das Ende der Unruhen. Die Lage an der Ostgrenze blieb gespannt.

Zwar hatte Polen die Provinzen Westpreußen und Posen gewinnen können, doch reichten die Forderungen weiter. Polen wollte Schlesien. Hier lebte seit Jahrhunderten eine gemischte Bevölkerung, wobei die Sprache nicht unbedingt über die nationale Zugehörigkeit entschied. Die wasserpolsch sprechenden Einwohner hatten sich zu einem erheblichen Teil stets für Deutschland entschieden. In Oberschlesien sollte nach dem Willen der Sieger eine Volksabstimmung darüber entscheiden, welchem Staat das Gebiet zugeschlagen würde. Unter dem Vorwand, die Abstimmung dürfe nicht durch die Anwesenheit deutscher Truppen beeinflusst werden, verfügten die Alliierten, daß die deutschen Truppen aus Oberschlesien abrücken und durch Einheiten einer Interalliierten Kommission ersetzt werden. So geschah es.

Während dessen bereitete Polen im Geheimen in Oberschlesien einen Aufstand vor, in der Hoffnung, vor einer Volksabstimmung vollendete Tatsachen schaffen zu können. Reguläre Militäreinheiten, die über die Grenze nach Schlesien sickerten, und Freischärler, die meist aus Angehörigen der polnischen Sportvereine, der Sokoln, bestanden, schlugen Mitte August 1919 los und eroberten innerhalb eines Tages die militärisch schutzlosen Gebiete um Beuthen, Tarnowitz und Kattowitz. Die Reichsregierung führte die 11. Infanteriedivision heran und verhängte den Belagerungszustand und das Standrecht über Oberschlesien. Die deutsche Gegenoffensive jedoch brach rasch zusammen; die Reichswehr war den polnischen Partisaneneinsätzen nicht gewachsen. Erst als Freikorpsverbände eingesetzt wurden, gelang es, die Polen über die Grenze zurückzudrängen. Am 22. 8. war Oberschlesien wieder in deutscher Hand. Der Hauptteil der erbeuteten polnischen Waffen stammte aus Frankreich. Die polnische Regierung distanzierte sich von dem Aufstand.

Dann aber übernahm die Interalliierte Kommission den militärischen Schutz Oberschlesiens, wobei die französischen Einheiten offen für Polen Partei nahmen und polnische Umtriebe unterstützten, während sich Italien und England neutral verhielten, gelegentlich sogar Sympathien für die deutsche Bevölkerung erkennen ließen.

Da dem Reich die Hände gebunden waren, ergriffen die Freikorpsleute die Initiative. Aus der 3. Marinebrigade entstand eine illegale „Spezialpolizei“ unter der Führung des ehemaligen Fähnrichs Heinz Hauenstein, der ganze 20 Jahre alt war. Obwohl offiziell illegal, arbeitete sie mit dem Generalkommando VI der Reichswehr in Breslau zusammen, dem an der Nachrichtenbeschaffung über die polnische Seite gelegen war. Bald aber bildete die „Spezialpolizei“ Kommandoeinheiten, die Waffen nach Oberschlesien für den ebenfalls illegalen deutschen Selbstschutz schmuggelten, Gegner und Verräter liquidierten und Deutsche schützten. Es war, wie man heute in der Fachliteratur liest, der erste Einsatz von Stadtguerillas oder

Stadtpartisanen in Europa. Und dieser unterirdische Kampf war überaus hart. Das Wort „Verräter verfallen der Feme“ nahm hier seinen Ausgang.

Die Volksabstimmung im März 1921 ergab 60 Prozent Stimmen für Deutschland und 40 % für Polen, allerdings ballten sich die polnischen Stimmen im Osten und Südwesten, die deutschen im Norden und im Westen.

Sofort nach der Abstimmung nahmen polnische Partisanenverbände den Kampf gegen die Deutschen wieder auf. Proteste Englands in Warschau wurden zurückgewiesen. Da brach ein weiterer, nun der zweite polnische Aufstand in Oberschlesien aus, diesmal unter offenem Einsatz polnischer regulärer Truppen. Die Reichsregierung traute sich nicht, die Reichswehr zur Abwehr einzusetzen, ja, sie verbot unter dem Druck der Siegermächte die Aufstellung und den Einsatz von Freikorps.

Nach wenigen Tagen traten etwa 3.000 Freikorps-Leute aus dem Freikorps Oberland, Einheiten des Stoßtrupps Heinz und Gruppen der „Spezialpolizei“ früh morgens zum Sturm auf den von Polen besetzten Annaberg an. Er wurde mittags genommen. Die Soldaten hißten auf dem Gipfel nicht die schwarz-rot-goldene Fahne der Weimarer Republik, sondern die Flagge schwarz-weiß rot.

Wenige Tage später erfolgte der polnische Gegenangriff, wiederum mit regulären Truppen. Die deutsche Regierung verschärfte aus Angst vor Repressalien der Siegermächte die Strafen für die Bildung von Freikorps. Wer Freikorps aufstellte oder in Freikorps diente, hatte mit Gefängnis oder 100.000 Mark Geldstrafe zu rechnen. Die Freikorps kämpften weiter. Der Kampf in den Städten setzte sich fort.

Schließlich griffen die Alliierten ein und teilten Oberschlesien zwischen Polen und Deutschland auf. Deutsch blieb das von den Freikorps zurück eroberte Gebiet, das verloren gegangen wäre, hätten sich die Freikorpsleute nicht gegen den Willen der Regierung in die Bresche geworfen.

Das Ende der Kämpfe in Oberschlesien war auch das Ende der Freikorps. Inzwischen war der feste Grundstein für die Reichswehr gelegt.

Das hieß nun nicht, daß damit die Aktivitäten der Freikorpskämpfer beendet gewesen wären. Noch einmal gab es einen großen Einsatz in Kärnten und der Steiermark, als Jugoslawien versuchte, sich mit Gewalt Kärnten einzuverleiben. Hier waren es in erster Linie österreichische, aber im Verlauf der Kämpfe auch zunehmend reichsdeutsche Freikorps, die den Schutz Kärntens bildeten, unter ihnen ein besonders großer Anteil von Tirolern. Sie wurden dort nicht in der Verteidigung behindert durch Spartakisten. Die Bevölkerung stand geschlossen hinter den Verteidigern. Die Volksabstimmung ergab dann für Deutschland 60 %, für Jugoslawien 40 %. In Kärnten verblieb eine slowenische Minderheit, die noch heute gelegentlich für Unruhe sorgt.

Schlageter, „der mutige Soldat der Konterrevolution“

Freikorpsleute spielten eine Rolle beim Untergrundkampf gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets 1923. Hier begegnet uns der Name Albert Leo Schlageter. Als Gymnasiast hatte er sich freiwillig gemeldet und war im Ersten Weltkrieg mit dem EK I und EK II ausgezeichnet worden. Nach dem Kriege nahm der junge Leutnant d. R. an der Uni Freiburg das Studium der Wirtschaftswissenschaften auf, meldete sich aber zum Freikorps v. Medem, als es galt, die Ostgrenze im Baltikum zu sichern. Später traf man ihn in Oberschlesien. Im Ruhrgebiet war er

führend an Sprengstoffattentaten auf Bahnlinien beteiligt, wodurch der Abtransport von Ruhrkohle als Reparationsgüter nach Frankreich verhindert werden sollte - übrigens mit durchschlagendem Erfolg. Da faßten ihn die Franzosen. Ein Kriegsgericht verurteilte ihn zum Tode. Seine Kameraden, die seine Befreiung vorbereitet hatten, wurden von der deutschen Polizei daran gehindert. Am 26. Mai 1923 wurde er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf von den Franzosen erschossen, obgleich der Papst sowie ein französischer General um seine Begnadigung gebeten hatten. Sein Grab in der Badischen Heimat wurde vor einigen Jahren von Linken geschändet. Den Namen Schlageter aufgreifend, versuchte der Deutschland-Experte der Bolschewiki, Karl Radek, in einer aufsehenerregenden Rede am 23. Juli 1923 in Moskau den Bogen zu schlagen zwischen den Kommunisten und den deutschen Nationalrevolutionären der Freikorps. „Schlageter,“ so sagte er, „der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.“ Die Rede zu lesen, ist heute noch faszinierend. Sie hatte keine Folgen. Die Linke war eine Zeitlang verwirrt, die Rechte wies die Rede als bloßes Manöver zurück.

Freikorps-Leute waren es, die die Versuche von Separatisten, mit französischer Unterstützung das Rheinland und die Pfalz von Deutschland zu trennen, vereitelten. Sie aktivierten die Bevölkerung, die in der Schlacht im Siebengebirge und bei der Eroberung des von Separatisten besetzten Aachener Rathauses die Separatistenbewegung niederschlugen. Heinz Orbis, der in der Pfalz eine Regierung gebildet hatte mit dem Ziel, die Pfalz vom Reich zu trennen, wurde von einem Kommando der OC (Organisation Consul, geheimer Zusammenschluß ehemaliger Freikorpskämpfer) zusammen mit vier seiner Vertrauten in aller Öffentlichkeit in einem Restaurant in Speyer in Anwesenheit zahlreicher französischer Offiziere erschossen. Das von Separatisten besetzte Bezirksamt in Pirmasens wurde erstürmt und in Brand gesteckt. Die Separatisten, die nicht verbrannten, wurden auf der Flucht von der Bevölkerung erschlagen.

Damit war die Separatistenbewegung am Ende. Hansjoachim Koch schreibt in seinem vorzüglichen Buch „Der deutsche Bürgerkrieg“: „Man kann nicht behaupten, es sei den Aktivitäten der deutschen Regierung zu verdanken, wenn das Rheinland und die Pfalz dem Deutschen Reich erhalten blieben - die Regierung war zu der Zeit handlungsunfähig.“

Angehörige von Freikorps waren es, die auf eigene Faust am 24. Juni 1922 den Reichsaußenminister Walther Rathenau erschossen - nicht weil er eine Jude war, sondern obwohl er ein Jude war, wie einer der am Attentat Beteiligten schrieb. Sie sahen in ihm die Symbolfigur der Erfüllungspolitik, der die Bedingungen des Versailler Vertrages so genau wie möglich erfüllen wollte, um den Siegern zu beweisen, daß sie nicht zu erfüllen seien. Die Attentäter hingegen glaubten, daß damit Deutschland vollends zugrunde gerichtet werde. Sie wurden gefaßt. Einer der beiden Haupttäter wurde auf der Burg Saaleck von der Polizei erschossen, der andere nahm sich das Leben, als er nicht entkommen konnte. Ihr gemeinsames Grab auf dem nahen Friedhof überlebte sogar die DDR. Nach der Wiedervereinigung ließ die evangelische Kirche das Grab einebnen. Die Bundeswehr war dann behilflich, den Grabstein zu entfernen. Die Mittäter des Attentats wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Hansjoachim Koch, dessen Buch „Der deutsche Bürgerkrieg“ die umfangreichste moderne Darstellung und Deutung der Freikorps ist, urteilt über ihre Motive, sie seien „schwerlich reaktionär zu nennen, denn sie strebten weder eine Restauration der Regierungsform an, die gescheitert war, noch die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung, die im Kriege ihre Probe nicht bestanden hatte. Wenn überhaupt von Zielen die Rede sein darf, dann war für sie die Revolution nicht weit genug gegangen, sie mußte weiter vorangetrieben werden. Kompromisse wurden voller Verachtung verspottet; was not tat, war eine tabula rasa, um einen neuen Anfang zu machen. Weimar mit seinem bürgerlichen Charakter hatte das nicht vermocht. Was sie von den Kommunisten unterschied, war deren Internationalismus, den sie ablehnten....“

Heute sind in der offiziellen Geschichtsschreibung die Freikorpskämpfer Unpersonen ebenso wie der Reichswehrminister Gustav Noske. Er wird von der Sozialdemokratischen Partei, für die er die Drecksarbeit erledigte, bestenfalls nicht beachtet. Es gibt keine Kaserne der Bundeswehr, die nach ihm benannt worden wäre. Es wird behauptet, Noske und die Freikorps hätten die bolschewistische Gefahr damals als Popanz aufgebaut, um ihre konterrevolutionären Ziele zu verfolgen. Die historischen Tatsachen sprechen eine völlig andere Sprache. Die Sowjetunion war auf dem Sprunge, die Weltrevolution voranzutreiben, wo immer sich dafür die Gelegenheit bot. Es gab keine anderen Gegenkräfte gegen die den bewaffneten Aufstand probenden Kommunisten in Deutschland als die Freikorps. Und sie haben ihre Aufgabe erfüllt.

„Wir haben das getan, was notwendig war,“ äußerte sich der Chronist jenes Zeitabschnittes nach dem Ersten Weltkrieg, den er den deutschen „Nachkrieg“ nannte, Ernst von Salomon. Es ging darum, das Deutsche Reich, das erst seit 50 Jahren geeint war, zu erhalten und es zu bewahren vor den beiden größten Gefahren, die ihm nach der Niederlage 1918 drohten: der Machtübernahme durch die revolutionären Kommunisten und ihrer Verbündeten nach dem Muster der Sowjetunion und der Eroberung weiterer deutscher Gebiete über den Versailler Vertrag hinaus durch Frankreich und Polen. Es stand einem Deutschen gut an, alles zu tun, solches nicht zuzulassen.

Gleichzeitig verkörperten sie den Widerstands- und Selbstbehauptungswillen der Deutschen gegen die Unterjochungsversuche der Siegermächte. Das war schon damals nicht selbstverständlich. Ihren innenpolitischen Hauptfeind sahen sie in den Erfüllungspolitikern, denen sie vorwarfen, dem feindlichen Druck immer nur nachzugeben in der trügerischen Hoffnung, irgendwann werde der Feind einsehen, daß man Deutschland als gleichberechtigtes Glied in die Völkergemeinschaft aufnehmen müsse.

Stets dienten die Freikorps der Staatsraison, die sich auch in einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung verkörperte. Letzten Endes befolgten sie, wenn auch gelegentlich - wie im Baltikum - widerstrebend, ihre Weisungen. Den gleichmacherischen terroristischen Kommunismus haßten sie.

Sie waren das Produkt ihrer Zeit. Eine Ideologie oder eine weiter gehende Politik verfolgten sie nicht. Der führende Nationalsozialist Dr. Josef Goebbels nannte sie „Söhne des Chaos“. Die Zeit war chaotisch. Wie konnten ihre Söhne anders sein?

Daß der Weimarer Parteienstaat zerbrach, das war nicht den Freikorps anzulasten, die es 1933 längst nicht mehr gab. Daß die Weimarer Demokratie überhaupt 15 Jahre lang existieren konnte, verdankte sie den Freikorps. Ihre Ansätze wären, hätte es die Freikorps nicht gegeben, schon in den ersten Jahren von der extremen Linken im Blut erstickt worden.

Ich habe mich bemüht, das Wirken der Freikorps in großen Zügen darzustellen, zu zeigen, wie es eigentlich gewesen ist. Das ist die Frage, die wir unserer jüngsten Geschichte generell stellen müssen, wenn wir wirklich aus ihr Einsichten gewinnen wollen.

Verwendete Literatur

Heinrich Brüning, Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970

Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919 — 1926, Frankfurt/M. 1959

Carl Hans Hermann, Deutsche Militärgeschichte - eine Einführung, Frankfurt/M. 1966

Karl Höffkes, Uwe Sauermann, Albert Leo Schlageter, Kiel 1983

Der Kampf um das Reich, herausgegeben von Ernst Jünger, Essen o. J. (ca. 1932)

Hannsjoachim Koch, Der deutsche Bürgerkrieg 1918- 1923, Berlin 1978

W. J. Lenin, Der Partisanenkrieg, aus Lenins Werke, Band I (Ost-)Berlin 1972

Rudolf Lindau, Revolutionäre Kämpfe 1918 — 1919, (Ost-)Berlin 1960 Winfried Martini, Freiheit auf Abruf, Köln 1960
derselbe, Der Sieger schreibt die Geschichte, München 1991
Helmut Neubauer, München und Moskau 1918/1919, München 1958 Ernst Niekisch, Gewagtes Leben, Köln 1958
Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947
Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920
Ernst von Salomon (Hrsg.) Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Reprint Viöl 2001
Ernst von Salomon, Der Fragebogen, rororo-Tabu 1999 (Original Hamburg 1961)
derselbe, Die Geächteten, rororo-Tabu 1962 (Original Berlin 1930 derselbe, Nahe Geschichte, Berlin 1936
Walther von Schultendorff, Proletarier und Prätorianer, Köln 1966 Robert Thoms, Stefan Prochanke, Handbuch zur Geschichte der Freikorps, Bad Soden 2001
E. O. Volkmann. Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930 Wolfram Wette, Gustav Noske, eine politische Biographie, Düsseldorf 1987

Vita

Hans-Joachim von Leesen, geb. 1930 in Hamburg, ausgebombt 1943, nach Abitur Ausbildung zum Verlagsbuchhändler, Tätigkeit in verschiedenen Verlagen, 1970-1979 in der Leitung eines namhaften juristischen Verlages in Köln, 1980-1994 Landesgeschäftsführer eines mitgliederstarken Kulturvereins. Seitdem publizistische und Vortragstätigkeit. Autor des Buches „Bombenterror. Der Luftkrieg über Deutschland“, 2005.